Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (CR/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Covid-19: Forderungen von Pflegefachkräften
2. Coronavirus: Warum du jetzt handeln musst!
3. Trump kassiert Korb im Kampf um Impfstoffhersteller
4. Vollbremsung: Die Wirtschaft in den Zeiten des Coronavirus
5. Der Kern der deutschen Krankenhausmisere
6. Pandemie am Reißbrett – Bundesregierung simulierte den heutigen Ernstfall schon 2012 und zog kene Konsequenzen
7. Das bisschen Pandemie
8. Merkels Nachfolger sollte Spahn heißen
9. Die drohende Tragödie – übers Artensterben und den Kapitalismus
10. Es geht ans Eingemachte
11. Das geheime griechische Flüchtlingslager
12. Gegen ungesühnte Morde in Lateinamerika: Millionen Frauen machen mobil
13. „Der Lobby die Stirn bieten“
14. Seine nuklearen Träume
15. Unser Wunsch nach mehr, unsere Angst vor weniger
16. Der Generalsekretär und seine Adjutanten – Wie der SPIEGEL Jens Stoltenberg interviewt
17. Trotz Corona: Montags Oben Bleiben gegen S21 – MONTAGSDEMO GOES ONLINE

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Covid-19: Forderungen von Pflegefachkräften**
   Sehr geehrter Herr Bundesgesundheitsminister!
   Sehr geehrte Verantwortliche in den Ländern und Kommunen!
   Wir müssen reden!
   Es ist dieser Tage schon ein Trauerspiel. Noch letzte Woche wurden diejenigen, die eine Verschiebung von planbaren Operationen und eine Freiräumung von

Klinikkapazitäten forderten, als Panikmacher gebrandmarkt.
„Deutschland sei nicht Italien!“ oder „macht keine Panik!“ waren Nachrichten, die wir aus dem politischen Berlin erhielten.
Inzwischen scheinen Sie, Herr Spahn, verstanden zu haben, dass Deutschland ganz schnell Italien sein kann und es absehbar auch sein wird.
In Italien fehlten Intensivkapazitäten und Pflegekräfte, bei uns fehlt nur Letzteres.
Einen Unterschied macht das jedoch nicht, denn selbst bei vorhandenen Kapazitäten an Betten und Technik, wer pflegt denn die Patienten auf den Intensivstationen, wer bedient die Maschinen?
Es freut uns, dass Sie unsere Texte offensichtlich zur Kenntnis nehmen und sich zumindest partiell daran orientieren, denn die großen Player in der Pflege reagieren wie immer sehr zeitverzögert. Das ist bei einer Pandemie natürlich sehr gefährlich, denn Zeit ist hier Leben!
Sie haben nun endlich verstanden, dass Pflegekräfte so rar sind, dass Sie begonnen haben, die Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Kliniken anzuweisen, jetzt Rentner und Studenten ins Geschehen einzubeziehen und „anzulernen“. […]
Quelle: Carsslam

dazu (leider im kostenpflichtigen Bereich): Reichen die Notfallbetten?
In Deutschland mangelt es weniger an Intensivbehandlungsplätzen als an Klinikpersonal – ein gefährlicher Engpass. […]
„Der Normalbetrieb ist in vielen Intensivstationen angesichts des Personalmangels häufig nicht mehr aufrechtzuerhalten, sodass vielfach Intensivbetten gesperrt werden müssen“, sagen Uwe Janssens, Chefarzt der Klinik für Innere Medizin und Internistische Intensivmedizin am Sankt-Antonius-Hospital in Eschweiler (NRW), und weitere Mediziner im „Deutschen Ärzteblatt“.
Laut einer Umfrage mussten im Jahr 2017 auf 76 Prozent der Intensivstationen immer wieder Betten gesperrt werden. Die Problematik ist bis heute an der Tagesordnung: Patienten werden abgewiesen – und müssen hoffen, irgendwo anders ein Intensivbett zu finden.
Solche Aufnahmestopps sind in Zeiten der Coronavirus-Krise unglaublich.
Quelle: SPIEGEL

und: Der Krankenpfleger Alexander Jorde – bekannt aus einem Fernsehauftritt mit Kanzlerin Angela Merkel – hat den Umgang der

Politik mit der Coronavirus-Krise kritisiert. „Ich höre in den letzten Tagen immer wieder, wir hätten im Vergleich zu anderen Ländern viele Intensiv- und Beatmungsplätze. Aber keiner fragt nach den Menschen, die die darin liegenden Patienten versorgen sollen“, schrieb Jorde in mehreren
Schon vor dem Ausbruch des neuartigen Coronavirus seien viele Bettenplätze aufgrund von Personalmangel gesperrt gewesen. „Doch was passiert jetzt? Die Personalvorgaben werden aufgehoben.“ Diese Krise decke auf einen Schlag auf, wovon Pflegende seit Jahren berichten. „Wir sind am Ende. Wir können nicht mehr.“ Bald würden immer mehr Pflegende selbst infiziert sein und ausfallen. „Dazu werden diejenigen kommen, die keine Betreuung für ihre Kinder haben.“ Jorde forderte von der Politik, Kinderbetreuung von pflegerischem und medizinischem Personal sowie die Einhaltung der maximalen Wochenarbeitszeit sicherzustellen. Außerdem sollten bei Mitarbeitern mit längerem direktem Kontakt zu Corona-Patienten täglich Abstriche gemacht werden.
Quelle: Ticker der Tagesschau

2. **Coronavirus: Warum du jetzt handeln musst!**
   Du trägst Verantwortung in Politik, Gesellschaft oder Wirtschaft? Dann lies hier, was du wann tun musst. (…)
   Wenn du diesen Artikel zu Ende gelesen hast, wirst du das hier mitnehmen: Das Coronavirus wird auch dich erreichen. Es verbreitet sich mit exponentieller Geschwindigkeit. Erst allmählich, dann plötzlich. Es ist eine Frage von Tagen. Vielleicht von einer Woche oder zwei. Wenn es so weit ist, wird dein Gesundheitssystem überfordert sein. Deine Mitbürger:innen müssen dann in Krankenhausfluren behandelt werden. Erschöpftes Personal im Gesundheitssektor wird an seine Grenzen stoßen. Manche werden sterben. In Krankenhäusern werden sie entscheiden müssen, welche Patient:innen Sauerstoff bekommen – und welche nicht. Der einzige Weg, das zu verhindern, ist soziale Distanznahme. Ab heute. Nicht erst ab morgen. Das bedeutet, dass so viele Menschen wie möglich ab jetzt zu Hause bleiben sollten.
   Wenn du eine Person mit Führungsverantwortung in Politik, Gesellschaft oder Wirtschaft bist, hast du die Macht und die Verantwortung, Szenarien wie diese zu verhindern.
   Du machst dir vielleicht Sorgen: Was, wenn ich überreagiere? Werden Menschen über mich lachen? Werden sie sauer auf mich sein? Werde ich dumm dastehen? Ist es nicht besser, darauf zu warten, dass andere erste

Schritte unternehmen? Werde ich der Wirtschaft einen zu großen Schaden zufügen?
Aber in 2–4 Wochen, wenn die ganze Welt in Sperrzonen unterteilt ist, dann werden die wenigen wichtigen Tage der sozialen Distanznahme, die du möglich gemacht hast, Leben gerettet haben. Dann wird dich niemand mehr kritisieren. Sie werden dir dafür danken, dass du die richtige Entscheidung getroffen hast.
Quelle: Perspective Daily

Anmerkung: *Dieser Text ist die deutsche Übersetzung eines Artikels, der auf Medium.com erschienen ist.*

dazu aber auch: Virologin Mölling warnt vor Panikmache
Mit den Infektionszahlen steigen auch die Maßnahmen rund um das SARS-CoV-2 oder kurz Corona-Virus. Bundeskanzlerin Angela Merkel rät auf Sozialkontakte weitestgehend zu verzichten. Der Virologe Christian Drosten kündigte an, dass sich 60 bis 70 Prozent aller Deutschen infizieren könnten. Doch die Virologin Prof. Dr. Karin Mölling sagt, dass Corona kein schweres Killervirus ist! Die Panikmache sei das Problem.
Quelle: rbb

Anmerkung unseres Lesers S.K.: *Warum dringen solche Stimmen, immerhin auch Expertin, nicht durch das mediale Geschrei? Nicht extrem genug? Zu wenig Panik? Will das keiner wissen?*

Lesen Sie dazu bitte auch: Ein paar grundsätzliche Anmerkungen zum Umgang der NachDenkSeiten mit strittigen Problemen. In unserer Vorbemerkung zu den Hinweisen heißt es daher auch: „Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind.“

3. **Trump kassiert Korb im Kampf um Impfstoffhersteller**
   Der amerikanische Präsident hätte gern schnellstmöglich einen Corona-Impfstoff exklusiv für Amerika. Sein Buhlen um das Tübinger Unternehmen prallt aber am Widerstand des Großinvestors ab. Dessen Name: Dietmar Hopp. Dietmar Hopp, Haupteigentümer des Tübinger Biotechunternehmens Curevac, hat sich gegen einen Verkauf der Firma und deren Forschungsergebnisse nach Amerika ausgesprochen. Ein Exklusivvertrag mit einem einzigen Land für einen Corona-Impfstoff, kommt für ihn nach eigenem Bekunden nicht in Betracht. „Wenn es uns hoffentlich bald gelingt, einen wirksamen Impfstoff gegen das

Coronavirus zu entwickeln, soll dieser Menschen nicht nur regional, sondern solidarisch auf der ganzen Welt erreichen, schützen und helfen können“, erklärte Hopp am Sonntagabend. […]
Das Unternehmen selbst erklärte am Sonntag ebenfalls, es sei daran interessiert, einen Impfstoff für alle Menschen der Welt zu entwickeln und habe deshalb Kaufinteressen zurückgewiesen. Deshalb steht man nun in Kontakt insbesondere mit der Impfstoffallianz Cepi und „vielen anderen Organisationen und Behörden auf der ganzen Welt“. Cepi war im Jahr 2017 auf Anregung von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Microsoft-Gründer Bill Gates gegründet wurden. Die Allianz hat bereits sechs Einrichtungen mit der Entwicklung eines Corona-Impfstoffs beauftragt, darunter Curevac. Das Forschungsministerium hat die Mittel dafür kürzlich auf 190 Millionen Euro erheblich aufgestockt.
Quelle: FAZ

Anmerkungen Albrecht Müller:

1.Das Imperium will sich Forschungsergebnisse exklusiv sichern. Ein Grund mehr, endlich zu begreifen, dass wir uns aus den Fängen der USA befreien müssen.

2.Bisher wird kaum darüber berichtet, ob und in welchem Umfang das Tübinger Unternehmen öffentliches Geld zur Forschung erhalten hat. Das ist oft üblich und wäre interessant zu wissen.

dazu: Irrer Corona-Impfstoff-Basar mit Trump
Das Bundesgesundheitsministerium hat Medienberichte bestätigt, wonach US-Präsident Donald Trump versuche, deutsche Wissenschaftler der Tübingen Firma CureVac, die mit Hochdruck an einem Corona-Impfstoff forschen, mit hohen finanziellen Zuwendungen nach Amerika zu locken oder das Medikament exklusiv für sein Land zu sichern. „Diesbezüglich ist die Regierung in intensivem Austausch mit der Firma CureVac“, so eine Ministeriumssprecher.
„Trump hat erneut eindrucksvoll bewiesen, wes Geistes Kind er ist. Ein unsozialeres, unsolidarischeres und rücksichtsloseres Vorgehen im weltweiten Kampf gegen die Corona-Pandemie ist kaum vorstellbar“, kontert Jan Korte: „Der US-Präsident tritt die westlichen Werte, so es sie denn gibt, mit den Füßen. Die Bundesregierung muss alles tun, um diese schändlichen Pläne zu verhindern.“
Fabio de Masi erinnert daran, dass das Tübinger Unternehmen CureVac auch

mit öffentlichen Geldern und dem bundeseigenen Paul-Ehrlich-Institut arbeite. „Ein Basar mit Donald Trump, wer den Impfstoff lizenzieren darf, ist daher völlig irre. Sollte ein Impfstoff verfügbar werden, ist dieser in Zusammenarbeit mit der Weltgesundheitsorganisation allen Menschen zugänglich zu machen. Selbst die Regeln der Welthandelsorganisation bieten hierfür genug Spielraum, da es um höhere öffentliche Interessen geht. Unternehmen können für Entwicklungskosten entschädigt werden. Profite mit dem Tod über hohe Lizenzgebühren für Pharmaunternehmen sind krank“, so De Masi: „Wirtschaftsminister Altmaier hat angekündigt, dass notfalls kritische Güter zu verstaatlichen sind.“ Die Bundesregierung müsse klarstellen, dass keine Impfstoffe privatisiert werden, die auch mit Bundesmitteln entwickelt wurden. „Angesichts der schnellen globalen Verbreitung des Covid19-Virus muss die Welt geschlossen gegen diese Krankheit vorgehen“, mahnt Heike Hänsel. Aus der Erforschung eines Corona-Impfstoffes dürfe „kein Milliardengeschäft gemacht werden, sondern muss angesichts dieser Pandemie, das Patent der UN-Weltgesundheitsorganisation WHO zur Verfügung gestellt werden. Dafür muss sich die Bundesregierung einsetzen. Wichtige Gesundheitsforschung muss öffentlich stattfinden und darf nicht privatisiert werden.“
Quelle: Die Linke. im Bundestag

4. **Vollbremsung: Die Wirtschaft in den Zeiten des Coronavirus**
In Zeiten hoher Unsicherheit muss die Politik sich auf wenige stabile Muster in den sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen besinnen, um zur Verminderung der Unsicherheit beizutragen. Aber auch das ist schwer, weil es eine derartige Vollbremsung und einen Schock dieser Art noch nie gegeben hat.
Ab morgen stehen große Teile der Wirtschaft in Europa und in einigen anderen Regionen einfach still, weil die Regierungen eine Minimierung der sozialen Kontakte jedes einzelnen Menschen erreichen wollen und auch die wirtschaftliche Interaktion berührt wird. Das ist Angebots- und Nachfrageschock zugleich und beinhaltet die Möglichkeit von einschneidenden finanziellen Rückwirkungen. Momentan bauen die europäischen Regierungen auf die chinesische Strategie, bei der es durch radikale Maßnahmen zunächst gelungen ist, die Verbreitung des Virus deutlich zu verlangsamen.
Die Politik hat kaum eine andere Wahl, weil es derzeit kein anderes ähnlich wahrscheinliches Szenario gibt, auf das man jetzt schon reagieren könnte. Auch in diesem Szenario, das mit einem Gesamtverlauf von zwei bis drei Monaten überschaubar ist, sind die Wirkungen auf die Wirtschaft gravierend,

aber durchaus zu handhaben. Wenn ein Drittel der Wirtschaft für zwei Monate einen Totalausfall seiner Produktion verzeichnet, sind das schon um die fünf Prozent Rückgang der Wirtschaftsleistung. Kommen einige weniger direkt betroffene Bereiche hinzu, die ihre Produktion lediglich einschränken müssen, erreicht man leicht einen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes von zehn Prozent.
Quelle: flassbeck-economics

5. **Der Kern der deutschen Krankenhausmisere**
   Huch, hatten wir in den Klinken nicht gerade noch „Überkapazitäten“? Wie die Corona-Krise den Irrsinn von Fallpauschalen und Erlösorientierung offenlegt
   Zeitgleich zur Verbreitung des Corona-Virus entbrennt eine Diskussion darüber, ob das deutsche Gesundheitssystem für einen solchen Krisenfall gewappnet ist. Erste Signale, dass es hier nicht zum Besten steht, hat die Regierung selbst unfreiwillig gesendet: Bereits vergangene Woche erklärte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU), die erst kürzlich in Kraft getretenen minimalistischen (Pflege-) Personalvorgaben („Untergrenzen“) für die Krankenhäuser vorerst wieder außer Kraft zu setzen, damit die Krankenhäuser auch dann unter Volllast behandeln können, wenn das (Pflege-) Personal knapp wird. In dieser Hinsicht wirkt die Cornona-Pandemie eher wie ein Brennglas, in dem schon länger bekannte Probleme besonders scharf sichtbar werden: es fehlt an Personal in den deutschen Krankenhäuser.
   Die Pandemie sorgt jedoch auch in weiteren krankenhauspolitischen Fragen für eine Perspektivverschiebung. Von (neo)liberaler Seite wurden in den vergangenen Jahren vor allem die angeblichen „Überkapazitäten“ an Bettenplätzen und Krankenhausstandorten in Deutschland in den Mittelpunkt der Debatte gestellt. Sie würden zu einer Fehlsteuerung der Ressourcen führen. Weniger Betten konzentriert an weniger Krankenhausstandorten – so die über Jahre eingeübte Kernbotschaft – würden ermöglichen, mit dem vorhandenen Personal die Pflegebedingungen für PatientInnen und Beschäftigte zu verbessern und sogar noch Geld zu sparen. Die im europäischen Vergleich hohe Bettendichte pro EinwohnerIn gilt in dieser Argumentation als Beleg für Rationalisierungspotential.
   Quelle: Der Freitag
6. **Pandemie am Reißbrett – Bundesregierung simulierte den heutigen Ernstfall schon 2012 und zog kene Konsequenzen**
   Die Bundesregierung hat sich schon vor Jahren mit den Folgen einer Virus-Pandemie auf das öffentliche Leben beschäftigt.
   Eine Risikoanalyse – eine Art Pandemie am Reißbrett – aus dem Jahr 2012 zeigt

erschreckende Parallelen zum aktuellen Ausbruchsgeschehen.
„Das vorliegende Szenario beschreibt ein außergewöhnliches Seuchengeschehen, das auf der Verbreitung eines neuartigen Erregers basiert. Dem Szenario ist der zwar hypothetische Erreger „Modi-Sars“zu Grunde gelegt, der sehr eng an das Sars-Virus angelehnt ist“, heißt es in dem „Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012“, der den Abgeordneten des Bundestags Anfang Januar 2013 zur Verfügung gestellt wurde.
Entstanden ist die Analyse „Pandemie durch Virus Modi-Sars“ unter Federführung des Robert Koch-Instituts.
Sie beschreibt (Seite 55 ff.) ein Szenario einer von Asien ausgehenden, weltweiten Verbreitung eines hypothetischen neuen Virus mit dem Namen Modi-Sars.*)
Auffällig sind die vielen Parallelen zum aktuell grassierenden Coronavirus, etwa die Symptome: Fieber und trockener Husten, Atemnot, in Röntgenaufnahmen sichtbare Veränderungen in der Lunge, Schüttelfrost, Übelkeit und Muskelschmerzen. „Ebenfalls auftreten können Durchfall, Kopfschmerzen, Exanthem (Ausschlag), Schwindelgefühl, Krämpfe und Appetitlosigkeit“, heißt es in dem Bericht.
Die Inkubationszeit geben die Analysten mit bis zu 14 Tagen an, auch dies eine Parallele zu Sars-CoV-2. Die angenommene Letalität ist mit zehn Prozent allerdings deutlich höher.
Das Planspiel geht außerdem davon aus, dass die laut Infektionsschutzgesetz und Pandemieplänen vorgesehenen Maßnahmen durch die Behörden und das Gesundheitssystem „schnell und effektiv“ umgesetzt werden.
Darunter – wieder eine Parallele zum realen Geschehen – Schulschließungen und Absagen von Großveranstaltungen. Effektiv seien die Maßnahmen „zwischen Tag 48 und Tag 408“, heißt es in dem Bericht.
Quelle: Jochens Sozialpolitische Nachrichten

7. **Das bisschen Pandemie**
   Während Angela Merkel als Krisenmanagerin einmal mehr zu Hochform aufläuft und Ruhe ausstrahlt, ist Donald Trumps Unfähigkeit, Lagen einzuschätzen und besonnen zu reagieren, potenziell lebensgefährlich für ein ganzes Land. Dass er überhaupt nicht verstanden hat, worum es eigentlich geht und wie brisant die Lage ist, zeigt sich nicht nur daran, dass er vor laufender Kamera zahlreiche Hände schüttelt und 22-mal das Mikrofon berührt, wie die Kollegen der Washington Post gezählt haben. Inzwischen wurde bekannt, dass eine zweite Person, die sich am vergangenen Wochenende mit Trump in dessen Resort in Mar-a-Lago aufgehalten hatte, positiv auf das

Coronavirus getestet wurde. Dennoch antwortet der Präsident auf die Frage, ob er sich nun testen lassen wolle, abweisend: „Wahrscheinlich, ja“ – aber nicht wegen der möglicherweise fatalen Begegnung in Florida. Offenkundig schätzt Trump nicht einmal die Gefahr für die eigene Person realistisch ein. Wie soll er da als Vorbild einer Nation funktionieren?
Quelle: Zeit Online

Anmerkung unseres Lesers M.B.: *Ein schönes Beispiel dafür, wie die ZEIT Narrative bedient: Frau Merkel soll also als Krisenmanagerin einmal mehr zu Hochform auflaufen? Da lachen ja die Hühner: Die Dame ist wochenlang abgetaucht, und hat sich dann letzte Woche hingestellt und den Menschen verkündet, sie sollten sich auf 70% Durchseuchung (und damit auf den worst case) einstellen. Das soll gutes Krisenmanagment sein? Frau Merkel vermag in ihren Äußerungen ja nicht einmal zwischen „sozialen“ und „physischen“ Kontakten zu unterscheiden – als ob man sich übers Telefon anstecken könnte.*

Wo bleiben denn die Bemühungen, seit Anfang Januar schnell zusätzliche Intensiv-Versorgungs-Kapazität zu schaffen (so wie in China geschehen).

Wo bleiben die Bemühungen, schnell Kapazitäten zur Herstellung von Schutzkleidung und Desinfektionsmitteln zu schaffen. Das muss in einem hochindustrialisierten Land doch innerhalb von zwei Monaten machbar sein!

Nicht einmal ein temporäres Tempolimit, um das überlastete Gesundheitssystem von täglich abertausenden Unfallverletzten zu entlasten, fällt dieser Regierung ein!

Jetzt, wo man kaum noch an Toilettenpapier, Mehl, Reis, Nudeln usw. kommen kann, verkündet die Regierung, man solle nicht hamstern, das sei gar nicht nötig. Dies wohlgemerkt während Millionen Menschen vor leeren Regalen stehen und sich denken, das es besser gewesen wäre, sich früh zu bevorraten.

Und kann die Bundesregierung sich, laut DLF, wirklich nur „bemühen“ die Firma CureVac (die dabei ist, einen Impfstoff zu entwickeln) „mit finanziellen Angeboten in Deutschland zu halten“.

70% Durchseuchung können Millionen Schwerkranke bedeuten und das bei knapp 30.000 Intensivbetten, die zum Großteil auch für andere Schwerkranke benötigt werden. Bemühungen der Regierung, angesichts dieser Diskrepanz

die Kapazitäten massiv auszubauen, kann ich nicht erkennen. Wegen dieser Unfähigkeit drohen uns flächendeckend Triage-Situationen.

Dazu: Italians over 80 ‚will be left to die' as country overwhelmed by coronavirus
Hardest-hit region drafts new proposals saying who will live and who will die
Coronavirus victims in Italy will be denied access to intensive care if they are aged 80 or more or in poor health should pressure on beds increase, a document prepared by a crisis management unit in Turin propose.
Some patients denied intensive care will in effect be left to die, doctors fear.
The unit has drawn up a protocol, seen by The Telegraph, that will determine which patients receive treatment in intensive care and which do not if there are insufficient spaces. Intensive care capacity is running short in Italy as the coronavirus continues to spread.
The document, produced by the civil protection deparment of the Piedmont region, one of those hardest hit, says: „The criteria for access to intensive therapy in cases of emergency must include age of less than 80 or a score on the Charlson comorbidity Index [which indicates how many other medical conditions the patient has] of less than 5."
The ability of the patient to recover from resuscitation will also be considered.
One doctor said: „[Who lives and who dies] is decided by age and by the [patient's] health conditions. This is how it is in a war."
Quelle: Telegraph

Anmerkung Jens Berger: *Das im Artikel beschriebene Verfahren nennt sich übrigens „Triage" und ist bei Katastrophen, die eine Selektion erfordern, die Regel.*

8. **Merkels Nachfolger sollte Spahn heißen**
Vom Merkel-Kritiker und konservativem Provokateur hat sich Jens Spahn zum souveränen Krisenmanager entwickelt. Die designierten Kanzlerinnen-Nachfolger hingegen wirken angesichts der aktuellen Lage blass oder gar sprachlos.
Quelle: n-tv

Anmerkung J.K.: *Spahn als souveräner Krisenmanager. Wenn es nicht so dramatisch wäre, wäre es zum totlachen. Was wurde bisher souverän gemanaged? Nichts. Man war durch Italien vorgewarnt und hat die Zeit vertrödelt. Zudem steht Merkel für 15 Jahre neoliberaler Politik, die auch das*

Gesundheitssystem der Parole „Privat geht vor Staat„ unterworfen hat und die nun nur noch ihre hohlen Phrasen absondern kann.

Anmerkung Jens Berger: *Zur Bewertung von Spahns Krisenmanagement sei einmal auf diesen Artikel vom 27. Januar verwiesen, der mit dem heutigen Wissen reichlich absurd wirkt.*

9. **Die drohende Tragödie – übers Artensterben und den Kapitalismus**
   Der globale Kapitalismus ist nicht nur schuld am Klimawandel, sondern ist auch der Grund für das Aussterben von Millionen von Tier- und Pflanzenarten. Sahrah Ensor vom Socialist Review erklärt uns diese Krise und was wir dagegen tun können.
   In weniger als 80 Jahren hat der globale Kapitalismus eine Krise der Artenvielfalt erschaffen, deren Auswirkungen in der Geschichte der Menschheit noch nie zuvor gesehen wurden. Über ein Achtel aller Pflanzen- und Tierarten der Erde stehen kurz vor ihrem Aussterben. Wenn wir den Auslöser dieser Katastrophe nicht bekämpfen, werden viele davon für immer verschwinden, bevor wie überhaupt die Chance hatten, sie zu klassifizieren, zu verstehen und ein Verständnis für ihre wichtige Rolle in unseren Ökosystemen zu erlangen.
   In den Worten von Charles Darwin: „Aus einem so schlichten Anfang entstand, und entsteht noch weiter, eine unendliche Zahl der schönsten und wunderbarsten Formen.“ Doch jetzt verlieren wir diese Vielfalt an Leben, welche Darwin vor 160 Jahren erst zu verstehen begann.
   Quelle: Die Freiheitsliebe
10. **Es geht ans Eingemachte**
    Der französische Präsident Macron hat gestern Abend angesichts der Corona-Krise eine bemerkenswerte Rede an das französische Volk gehalten. Darin beschränkt er sich nicht auf die Ankündigung drastischer administrativer Schutzmaßnahmen der Behörden, um die Ausbreitung des Virus‘ einzudämmen, sondern kommt zu überraschenden Schlußfolgerungen grundsätzlicher Art, die das neo-liberale Dogma der letzten Jahrzehnte als Entwicklungsmodell grundsätzlich in Frage stellen, das sich in der gegenwärtigen Gefahr als total untauglich erweise. Hier die betreffende Passage (in eigener Übersetzung), die bislang in den hiesigen Medien mit wenig Aufmerksamkeit bedacht wurde:
    „Morgen müssen wir die Lehren ziehen aus dem, was wir gegenwärtig durchmachen, das Entwicklungsmodell hinterfragen, in das sich unsere Welt seit Jahrzehnten verwickelt hat und dessen Mängel nun ans Licht kommen, die

Schwächen unserer Demokratien hinterfragen. Eines hat sich durch diese Pandemie schon jetzt herausgestellt: Die kostenlose Gesundheit, unabhängig vom Einkommen, Stellung und Beruf, unser Sozialstaat sind keine Kosten oder Lasten, sondern wertvolle Güter, unverzichtbare Trümpfe, wenn das Schicksal zuschlägt. Diese Pandemie hat jetzt schon deutlich gemacht, daß es Güter und Dienstleistungen gibt, die außerhalb der Marktgesetze gestellt werden müssen. Es ist verrückt, unsere Ernährung, unseren Schutz, die Gestaltungsfähigkeiten unseres Lebensrahmens im Grunde an andere zu delegieren. Wir müssen die Kontrolle darüber zurückgewinnen, mehr noch als bisher ein souveränes Frankreich und Europa errichten, ein Frankreich und Europa, das sein Schicksal fest in die Hand nimmt. Die kommenden Wochen und Monate werden Entscheidungen erfordern, die in diesem Sinne einen Bruch darstellen. Ich werde die Sache in die Hand nehmen.“
Quelle: der Freitag

Anmerkung Christian Reimann: *Hoffentlich belässt es der französische Präsident nicht lediglich bei diesen Worten. Entsprechende Entscheidungen kämen, wenn sie wirklich konsequent vollzogen werden sollten, einer 180°-Wende seiner bisherigen Politik gleich. Darauf deutet beim „französischen Gerhard Schröder“ bisher nichts hin. Wohlklingende Worte hat auch das französische Volk oft genug gehört. Davon lassen sich die Protestierenden (z.B. die Gelbwesten) wohl kaum noch beeindrucken.*

Ergänzende Anmerkung Jens Berger: Bei aller Euphorie darf man nicht vergessen, dass diese Worte am Vorabend der Kommunalwahlen fielen.

11. **Das geheime griechische Flüchtlingslager**
Um die eigene Grenze abzuriegeln, setzt Griechenland auch auf ein geheimes Lager – fernab jeder Rechtsstaatlichkeit.
Die griechische Regierung hält Flüchtlinge an einem bisher geheimen Ort in Isolationshaft fest, bevor sie sie ohne ordnungsgemässes Verfahren in die Türkei abschiebt. Mit derartigen Massnahmen will die griechische Regierung eine Wiederholung der Flüchtlingskrise von 2015 verhindern – und die Grenze zu Europa versiegeln.
Am 3. März hatte die griechische Regierung ein Gesetz verabschiedet, dass es Flüchtlingen während eines Monats verunmöglicht, in Griechenland Asylanträge zu stellen. Ausserdem erlaubt das Gesetz sofortige Abschiebungen. Gemäss der «New York Times» wird dafür auch ein geheimes Lager genutzt, das Rechercheure der Zeitung mithilfe von Satellitenbildern und

Berichterstattungen von Lokalmedien nun im Nordosten Griechenlands lokalisiert haben. (…)
Mehrere Flüchtlinge sagten in Interviews, sie seien in einem Lager inhaftiert, ihrer Habseligkeiten beraubt, geschlagen und aus Griechenland ausgewiesen worden – ohne die Möglichkeit gehabt zu haben, Asyl zu beantragen oder mit einem Rechtsbeistand zu sprechen. Ein Vorgehen, das von Expertinnen und Experten als Verletzung des internationalen Rechts bezeichnet wird.
François Crépeau, ehemaliger UN-Sonderberichterstatter für die Menschenrechte von Flüchtlingen, sprach von einer inländischen «Schwarzen Anlage» (Black Site) und verglich das griechische Lager damit mit geheimen Gefängnissen der USA, die ausserhalb des eigenen Staatsgebietes liegen und offiziell nicht existieren. Wie bei diesen US-Gefängnissen würden auch die Gefangenen des griechischen Lagers geheim gehalten und hätten keinen Zugang zu Rechtsmitteln. Die Anlage stelle eine Verletzung des Rechts auf Asyl dar, missachte das Verbot grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung und widerspreche damit EU-Recht.
Quelle: Infosperber

12. **Gegen ungesühnte Morde in Lateinamerika: Millionen Frauen machen mobil**
In mehreren Ländern Lateinamerikas kam es zu beeindruckenden Frauenstreiks. Eine neue Generation junger Frauen zog in diesen Tagen in vielen Städten Lateinamerikas für ihre Rechte und gegen die alltägliche Gewalt der patriarchalischen Unkultur auf die Straßen.
Empörung und Verzweiflung über Tausende von ermordeten und verschwundenen Frauen und Mädchen waren wohl der stärkste Anlass der massenhaften Proteste. Doch auch die in den meisten Ländern immer noch nicht freigegebene Abtreibung, die sexistische Verfolgung am Arbeits- und Studienplatz, ungleiche Löhne und Gehälter oder auch die unzureichenden Maßnahmen von Staat und Justiz gegenüber der sexuellen Gewalt sind vorrangige Themen der Proteste.
Der Aufruf zu einem internationalen Streiktag am Montag, dem 9. März, fand vor allem in Chile, Mexiko und Argentinien ein starkes Echo.
Der Gewerkschaftsbund CGT zeigte ein zwiegespaltenes Verhältnis zu diesem Frauenstreik. Manche Einzelgewerkschaften beteiligten sich, andere reagierten mit passivem Schweigen, obwohl die Forderungen der Frauen seit einigen Jahren diskutiert und von manchen Arbeitnehmerorganisationen auch aktiv unterstützt werden.
In Argentinien riefen die Frauen am Sonntag in Buenos Aires deshalb: „Die CGT

trinkt Tee und wir übernehmen die Straßen…“
Quelle: RT Deutsch

Anmerkung Christian Reimann: *Ist es eigentlich undenkbar, dass auch hierzulande oder EU-weit Frauen mobil machen? Auch wenn die Todesraten auf diesem Kontinent wohl nicht so hoch sind, ist die Situation vieler Frauen auch in Deutschland sehr schlecht – erst kürzlich haben die NachDenkSeiten z.B. darauf hingewiesen: Armutsprostituierte aus Osteuropa: Eine Frau für fünf Euro. Auch hierzu könnte gesagt werden:*

„Die Zustände, die wir hier zum Teil haben, sind mit dem Wohlstandsniveau in einem Land wie Deutschland nur schwer zu vereinbaren.“.

13. **„Der Lobby die Stirn bieten“**
Erdacht von Ökonomen, propagiert von Aktivisten seit Ende der 90er-Jahre – die Idee einer Finanztransaktionssteuer bekam in Europa viel Zuspruch nach der Finanzkrise 2008. Doch was jetzt auf dem Tisch liegt, hat mit einer umfassenden Finanztransaktionssteuer nur wenig zu tun. (…)
Ein Streitgespräch zwischen dem örtlichen Kreissparkassen-Chef und Gerhard Schick, der lange finanzpolitischer Sprecher der Grünen im Bundestag war und heute Leiter der NGO-Bürgerbewegung Finanzwende ist. Die Rede kommt auf die Finanztransaktionssteuer, deren Einführung nach der Finanzkrise von 2008 auf die politische Agenda kam – in Deutschland und in der EU. Gerhard Schick: „Es ging damals um eine Finanztransaktionssteuer. Die Idee war, es gibt diesen verrückten Hochfrequenzhandel, wo Milliarden in kürzester Zeit hin und hergeschoben werden, ohne volkswirtschaftlichen Nutzen.“
Der Hochfrequenzhandel sollte mit einer winzigen Steuer auf Finanztransaktionen geschrumpft werden. Damit sollte die Finanzindustrie auch einen Beitrag leisten, die zuvor mit Milliardensummen von Staaten gerettet worden war. Bei dem aktuellen Vorschlag sollen allerdings 90 Prozent der Finanzprodukte nicht besteuert werden und das Derivategeschäft soll genauso außen vor bleiben wie alle Finanzgeschäfte, die innerhalb eines Tages abgewickelt werden. Gerhard Schick: „Und damit ist die Idee ad absurdum geführt.“
Im Dezember 2019 hatte Bundesfinanzminister Olaf Scholz einen finalen Gesetzentwurf zur Besteuerung von Finanzgeschäften in Europa vorgelegt. Wer Aktien eines großen Unternehmens kauft, müsste demnach einen Steuersatz in Höhe von 0,2 Prozent zahlen. Als groß gelten Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als einer Milliarde Euro, wovon rund 500 Firmen in

den zehn EU-Staaten zu Hause sind, die eine solche Steuer prinzipiell einführen wollen. (…)
Nächste Woche Dienstag wird die Steuer ein Thema bei der Tagung der Finanz- und Wirtschaftsminister der EU sein. Aber eine Entscheidung wird erst im Verlauf dieses Jahres erwartet. Möglicherweise scheitert die Steuer auch noch, deren Einnahmen die Bundesregierung für die Finanzierung der Grundrente schon verplant hatte.
Quelle: Deutschlandfunk

Anmerkung Christian Reimann: *Die Geschichte der Finanztransaktionssteuer wird hier komprimiert wiedergegeben. Weshalb das Bundesfinanzministerium diese Steuer lediglich auf EU-Ebene einführen möchte, bleibt rätselhaft. So wie die Steuer im Entwurf aussieht, ist sie – anders als die Staatssekretärin es suggeriert – mitnichten ein „erster Schritt", sondern lediglich der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein. Und es ist nicht ausgeschlossen, dass genau das auch der erhoffte Effekt zugunsten finanzstarker Eliten ist. Der bisherigen Arbeitgeber-freundlichen Politik von Herrn Scholz würde es jedenfalls entsprechen.*

Bitte lesen Sie dazu auch Finanztransaktionssteuer á la Scholz – Kapitulation vor der Finanzlobby und Forscher sehen gravierende Schwächen bei Finanztransaktionsteuer mit einer Anmerkung.

14. **Seine nuklearen Träume**
Als Antwort auf die Klimakrise empfiehlt Friedrich Merz den „Dual-Fluid-Reaktor". Dessen größte Fans sind die AfD und Klimawandel-Leugner. (…)
Merz rät allen, „in diesen Fragen technologieoffen zu sein und keine künstlichen Tabus zu errichten".
Was Merz „technologieoffen" nennt, wird von vielen Experten allerdings als unrealistisch, rein theoretisch und auf Jahrzehnte nicht praktikabel eingeschätzt – ein Wolkenkuckucksheim. Und „künstliche Tabus" kennt Friedrich Merz in dieser Frage offenbar tatsächlich nicht. Denn die einzige Partei im Bundestag, die ebenfalls für den Dual-Fluid-Reaktor (DFR) wirbt, ist die AfD. Jene Partei, die Merz gern „halbieren" möchte und die er weder „koalitions- noch gesprächsfähig" nennt.
Quelle: taz

Anmerkung Christian Reimann: *Offenbar hat Herr Merz beim Versprechen, die AfD-Wählerschaft zu halbieren, den Mund zu voll genommen. Ob das*

gelingen könnte, in dem er den AfD-Phrasen zu einer fragwürdigen Technologie folgt, ist doch sehr zu bezweifeln. Vielleicht wollte Herr Merz aber lediglich seine Qualitäten als „Schaumschläger“ unter Beweis stellen …

15. **Unser Wunsch nach mehr, unsere Angst vor weniger**
Wie unser Wohlstandsmodell den Planeten ruiniert
Eines der erfolgreichsten Sachbücher der vergangenen Jahre trägt den Titel „Magic Cleaning“, es ist ein Ratgeber für das Aufräumen. Geschrieben hat ihn die Japanerin Marie Kondo, die damit in ihrem Land lange auf der Bestsellerliste stand. Inzwischen sind ihre Aufräum-Bücher in vierzig Sprachen übersetzt und weltweit mehr als sieben Millionen Mal verkauft worden – vor allem in den westlichen Industrieländern. Offenbar bedarf es gerade dort einer Anleitung, wie man richtig aufräumt. Was verständlich ist, weil man, um überhaupt ein Problem mit dem Aufräumen haben zu können, erst einmal viel zu viel gekauft haben muss. Die Methode, mit der Marie Kondo vorgeht, baut daher auf der simplen Erkenntnis auf, dass man keine wirkliche Ordnung schaffen kann, solange man noch zu viele Dinge besitzt. In Japan, wo der Wohnraum so teuer ist, dass sich die Vergrößerung der Fläche zur weiteren Verteilung nicht anbietet, liegt dieser Gedanke auch besonders nah. (…)
Kennen Sie das Easterlin-Paradox, die Erkenntnis, dass die Menschen ab einem bestimmten Wohlstandsniveau nicht mehr glücklicher werden, auch wenn sie immer mehr besitzen?[1] Marie Kondo schuf sozusagen die filmische Umsetzung dazu. Der Gedanke, der mir als Nachhaltigkeitsforscherin sofort kam, wurde in der Dokumentation natürlich nicht aufgeworfen: Was, wenn die Menschen diese Sachen gar nicht erst gekauft hätten? Und was, wenn diese Sachen gar nicht erst hergestellt worden wären? Dann hätten wir nun Berge von Plastiksäcken voll Müll weniger. (…)
In der Diskussion, was die Menschheit unternehmen kann, um zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise zu finden, die sich innerhalb der ökologischen Leitplanken des Planeten bewegt, gibt es im Allgemeinen zwei Vorschläge. Der eine, die sogenannte einfache Entkopplung, lautet, mit Hilfe von Innovationen und technologischem Fortschritt den Naturverbrauch zu senken, ohne dafür auf Wohlstand verzichten zu müssen, was, wen wundert’s, der beliebtere der zwei Vorschläge ist. Der sogenannte Rebound-Effekt zeigt aber, dass die Menschheit damit bisher leider nicht wirklich zum Ziel gekommen ist. Das Muster des Rebounds haben wir außerdem bei der Nutzung der menschlichen Ressourcen Zeit, Aufmerksamkeit und Geld vorgefunden.[2]
Neben der Angebotsseite spielen natürlich auch die Akteur*innen auf der

Nachfrageseite, sprich die Konsument*innen, eine wichtige Rolle. Der zweite Vorschlag für nachhaltiges Wirtschaften setzt daher genau dort an: Wenn sich die Natur bei steigendem Wirtschaftswachstum nicht erhalten lässt, geschweige denn erholen kann, muss eben der materielle Wohlstand sinken. Das kommt natürlich weniger gut an, weil man hier tatsächlich mit weniger zurechtkommen, also Verzicht üben müsste.
Quelle: Blätter

Anmerkung unseres Lesers H.U.: *Eine wertvoll-ganzheitliche Darstellung unseres Elends, das noch viel schlimmeres Elend andernorts und für spätere Generationen verursacht. Das Ganze angereichert mit guten Beispielen.*

16. **Der Generalsekretär und seine Adjutanten – Wie der SPIEGEL Jens Stoltenberg interviewt**
NATO-Generalsekretär Stoltenberg gab unlängst dem „Spiegel“ ein Interview, bei dem sich die Redakteure bereitwillig auf die Rolle eines Stichwortgebers beschränkten. Ein Musterbeispiel für den Wandel vom – einstmals – kritischen zum Gefälligkeitsjournalismus.
Stellen Sie sich vor, Sie wären heutzutage ein kritischer Journalist in einem deutschen Leitmedium – ich weiß, das ist nicht einfach, aber geben Sie sich bitte etwas Mühe! – und Sie hätten die Gelegenheit, ein Interview mit NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg zu führen. Welche Fragen würden Sie ihm stellen?
Mir persönlich würde hier folgendes einfallen:
    - Warum haben die USA 2001 den ABM-Vertrag gekündigt?
    - Warum installierte die NATO bereits vor Jahren ein Raketenabwehrsystem (AEGIS) unter anderen direkt vor der russischen Haustür, das sich angeblich gar nicht gegen Russland richtet? Wenn das System, wie offiziell angegeben, dem Schutz gegen Raketenangriffe aus dem Iran dienen soll, warum hat die NATO dann nicht die russischen Angebote zur Zusammenarbeit angenommen? Und warum hat die NATO auch noch nach dem Abschluss des Nuklearabkommens mit dem Iran an diesem System festgehalten?
    - Wie stehen Sie zur russischen Argumentation, die Abschussvorrichtungen in den AEGIS-Modulen seien nicht nur für defensive Boden-Luft-Raketen, sondern auch für Angriffswaffen wie Marschflugkörper geeignet?

- Warum sind USA und NATO letztes Jahr nicht auf das russische Angebot eingegangen, den umstrittenen Marschflugkörper 9M729 (NATO-Code SSC-8) vor Ort zu inspizieren?

- Warum haben Sie sich in diesem Zusammenhang nicht dafür eingesetzt, das seinerzeit höchst innovative und außerordentlich erfolgreiche Verifikations- und Inspektionsregime aus dem INF-Vertrag zu reaktivieren, um die Streitigkeiten zwischen Russland und den USA zu klären?

- Was ist eigentlich aus Ihrer Ankündigung vom Februar letzten Jahres geworden, alles zu tun, um den INF-Vertrag doch noch zu retten?

- Die USA verfügen weltweit über rund 800 ausländische Truppenstützpunkte, Russland dagegen etwa über ein Dutzend. Können Sie russische Einkreisungsängste – auch vor dem Hintergrund der NATO-Osterweiterung – verstehen?

- Können Sie nachvollziehen, dass Russland sich bedroht fühlt, wenn allein der Militärhaushalt der NATO-Führungsmacht USA mehr als zehnmal so hoch ist wie der russische?

- Glauben Sie allen Ernstes, Russland könne auf die Idee kommen, Polen und das Baltikum zu überfallen? Warum sollte es das tun?

- Warum sprechen Sie in Bezug auf Russland nicht mehr, wie die NATO nach dem Harmel-Bericht im (ersten) Kalten Krieg, von „Sicherheit und Entspannung“, sondern nur noch von „Abschreckung und Dialog“?

- Inwieweit ist für Sie die „Charta von Paris“ vom Dezember 1990 noch verbindlich?

- Was halten Sie von Gorbatschows Vorschlag, Trump und Putin sollten die Genfer Erklärung der USA und der Sowjetunion vom November 1985 erneuern, nach der ein Atomkrieg keine Gewinner haben könne, daher auch niemals begonnen werden und keine Seite nach Überlegenheit streben dürfe?

- Sie reden immer davon, Abrüstung und Rüstungskontrolle stärken zu wollen: Welche konkreten Schritte verfolgen Sie in dieser Richtung?

- Was wollen Sie unternehmen, um wenigstens den New-START-Vertrag zu retten?

Quelle: RT Deutsch

17. **Trotz Corona: Montags Oben Bleiben gegen S21 – MONTAGSDEMO GOES ONLINE**
Alle Veranstaltungen sind in Stuttgart auf unbestimmte Zeit untersagt, um das Ausbreitungstempo der Corona-Infektionen zu drosseln. Auch unsere Montags-Demo gegen S21.
Das S21-Montagsdemo-Team und das Aktionsbündnis gegen S21 halten diese Maßnahmen für sinnvoll, damit die Behandlungskapazitäten für besonders gefährdete Erkrankte gewährleistet und ausgebaut werden können. Wir sehen uns gleichermaßen verantwortlich für die Gesundheit unsrer Mitstreiter*innen und dafür, dass unsere ausdauernde Bewegung ihre Kontinuität und ihren Zusammenhalt bewahrt gegen Stuttgart21.
Deshalb haben das Demoteam, Vertreter*innen des Aktionsbündnis gegenS21, der Mahnwache und von parkschuetzer.de eine Internet-basierte virtuelle „Stuttgart21-Montagsdemo“ in Angriff genommen:
Vom kommenden Montag, 16. März an wird deshalb bis auf Weiteres jeden Montag um 18:00 „OBEN BLEIBEN-TV“ gesendet werden auf tinyurl.com/yx2etbs9
Die virtuelle „Montagsdemo gegen S21“ soll, während Corona-Krise und Versammlungsverbot, unseren Zusammenhalt und den Informationsaustausch in der Bewegung so weit als möglich aufrecht erhalten. „Oben Bleiben-TV“ wird die für die Kundgebungen geplanten Reden samt Moderation zur gewohnten Zeit im Internet präsentieren.
Eine virtuelle Demo kann helfen, aber den direkten sozialen Kontakt nicht einfach ersetzen. Vor allem nicht für Mitstreiter*innen ohne Internet-Zugang. Wir würden deshalb vorschlagen, dass sich Mitstreiter*innen ohne Internet auf Montag Abend 18:00 mit Oben-Bleiber*innen mit Netz-Zugang verabreden.
Die Mahnwache ist in dieser Phase von allerhöchster Bedeutung. Gerade auch für Mitstreiter*innen ohne Netz-Zugang. Die Reden werden wie immer dort gedruckt zur Verfügung stehen. Unser Appell: stärkt die Reihen unserer stark beanspruchten Mahnwächter*innen, meldet euch bitte bei Doris Zilger: doriszilger@freenet.de, Tel. 0711 609303.
Wir sind keine Netz-Medien-Profis, dies ist also ein Versuch. Wir lernen im

Vorwärtsgehen. Für Bereitschaft zu Unterstützung und Verbesserung sind wir dankbar. Wir grüßen euch, liebe Mitstreiter*innen, mit dem Wunsch euch bald und gesund wieder zu sehen – Oben Bleiben!
Euer Montagsdemo-Team, Aktionsbündnis gegen S21, Parkschuetzer.de und Mahnwache Orga-Team